

Die Bombardierung Ex-Jugoslawiens mit Uranmunition

Internationale Symposien in Serbien rücken die Lage der Opfer in den Mittelpunkt

Vor 20 Jahren, im Juni 1999, endete die nicht UN-mandatierte und damit völkerrechtswidrige NATO-Operation „Allied Forces“. Zum Einsatz kam auch strahlende Uranmunition. Am 24. Juni 2019 luden die Koalition zur Ächtung von Uranwaffen (ICBUW), die IPPNW, die Juristenvereinigung gegen Kernwaffen (IALANA), das International Peace Bureau (IPB) sowie das Internationale Uranium Film Festival (IUFF) zur Film- und Diskussionsveranstaltung ins Zeiss-Großplanetarium Berlin ein.

Im Rahmen der Operation „Allied Forces“ kam Uranmunition auf den Gebieten Ex-Jugoslawiens (Kosovo, Serbien, Montenegro, vorher bereits Bosnien-Herzegowina) zum Einsatz, wobei eine Menge von 13 bis 15 Tonnen abgereichertem Uran (DU – depleted uranium) verschossen wurde. Der Stoff ist chemisch giftig und infolge der ionisierenden Strahlung radiologisch wirksam. Er führt zu schweren Gesundheits- und Umweltbelastungen, kann Krebs und Genveränderungen verursachen.

In einer gemeinsamen Erklärung der beteiligten zivilgesellschaftlichen Organisationen heißt es dazu: „Gerade jetzt, 20 Jahre später, zeigt sich das Ausmaß der angerichteten Schäden. Viele Menschen in den betroffenen, toxisch belasteten Regionen sind an Krebs erkrankt oder gestorben. Die medizinische Versorgungssituation ist oft unzureichend und es erwies sich als zu kostspielig oder völlig unmöglich, verseuchte Gebiete zu dekontaminieren“. Genau dieses Bild erbrachten die beiden internationalen Symposien, die zur Thematik in Nis/Serbien im Juni diesen und des vergangenen Jahres stattfanden. Sie rückten die Lage der DU-Opfer in den Mittelpunkt, denen endlich wirksam geholfen werden muss (was auch Vorrang vor Dekontaminierungsbemühungen haben sollte). Dies ist das (persönliche) Anliegen von Prof. Dr. Sdran Aleksic, angesehenen und vor allem



DIE RAFFINERIE VON NOVI SAD BRENNT. DIE SERBISCHE STADT WURDE 1999 ÜBER WOCHEN DURCH DIE NATO BOMBARDIERT.

über Sozialrechtsfälle bekannt gewordener Rechtsanwalt aus Nis. Er war der Hauptorganisator der beiden Symposien und Gast der Berliner Veranstaltungen.

Sdran Aleksic hat es sich gewissermaßen zur Lebensaufgabe gemacht, angemessene, humanitäre Lösungen für die betroffenen Menschen zu finden, wobei er immer wieder betont, dass von DU-Waffen Gefahren auch für andere Regionen, ja für die ganze Welt ausgehen. Bei seinem Anliegen setzt Aleksic auch juristische Mittel und Überlegungen ein, so etwa

Klagen gegen die NATO oder einzelne NATO-Staaten wegen der Schädigung ziviler serbischer Opfer (für die er die Mandatschaft übernommen hat). Das könnte beispielsweise in Italien versucht werden, wo es eine entwickelte, zum Teil höchst richterliche Entscheidungspraxis zugunsten DU-geschädigter italienischer Militärs gibt. Gleichzeitig ist klar, dass es sehr schwer wird, den italienischen Rechtsweg für zivile ausländische Opfer zu öffnen. Die deutsche Rechtsprechungserfahrung ist hier jedenfalls weitgehend negativ (Fälle der Brücke von Varvarin, Kundus). Man



IM ZEISS-GROSSPLANETARIUM, BERLIN

verweist auf den zwischenstaatlichen Charakter, individueller Opferschutz hätte da keinen Platz. Vor diesem Hintergrund wird der Slogan „Serbien verklagt die NATO“ benutzt, um Öffentlichkeitsinteresse zu erzeugen. Das ist auch bitter nötig, angesichts der Tatsache, dass das DU-Thema in Serbien und auch anderswo auf dem Balkan tabubehaftet ist bzw. totgeschwiegen wird. Nicht zufällig heißt ein über Aleksic verfasstes und auf dem Symposium in Nis verteiltes Buch „Years of Silence“. Beide Symposien dienen u. a. dem Ziel, innerserbisches Interesse zu erwecken, Kooperation zu entwickeln und Widerstände aufzubrechen. Die ganze Zwiespältigkeit und Zerrissenheit der Situation wurde deutlich, als der für den dritten Tag des diesjährigen Symposiums geplante Besuch der Stadt Vranje nur wenige Stunden vorher vom Bürgermeister abgesagt wurde. Auch serbische Ministerien und hochrangige Militärs hatten – kurzfristig – ihre Tagungsteilnahme abgesagt.

Immer wieder im Zusammenhang mit DU-Konsequenzen geforderte Studien sind nur sinnvoll und möglich, wenn Staat und Behörden mitspielen und nicht etwa blockieren. Das betonte auch Dr. Alex Rosen (IPPNW) in einem Arbeitsgespräch in Berlin. Das ist auch die Erfahrung von ICBUW. Wobei sich die Frage stellt, ob derartige Untersuchungen heute überhaupt noch sinnvoll oder aber zu teuer sind (im Vergleich zu direkter Hilfe für die Opfer). So stand auch auf der Tagung in Nis die Frage im Raum, ob nicht alles zu spät komme.

Eine Antwort auf diese wie auch auf die Frage nach der generell präsenten Kausalitätsproblematik bietet der vorbeugende Ansatz („precautionary approach“): Es soll

auf den Einsatz von Stoffen und Methoden verzichtet werden, bei denen das Risiko von Umweltschäden besteht, ohne dass hierüber endgültige wissenschaftliche Klarheit vorhanden ist. Genau nach diesem Ansatz verfährt die NATO für ihren eigenen Bereich, wenn sie von Vorsichtsmaßnahmen und der Notwendigkeit der Vermeidung von „Kollateralschäden“ in Bezug auf die Umwelt spricht. Andererseits bestreitet sie, bzw. ihr ad-hoc-Komitee zu DU, jegliche Zusammenhänge zwischen dem Einsatz von Uranmunition und Gesundheitsschädigungen. Und generell: Vorrang hätten stets „operative Erfordernisse“. Deren Vorliegen kann jedoch bezweifelt werden, wenn „weiche Ziele“ mit panzerbrechender DU-Munition beschossen werden – so geschehen bei dem NATO-Angriff auf eine Antennenanlage in der Nähe von Vranje.

In Anbetracht dieser zum Teil sehr komplexen und widersprüchlichen Gesamtlage und zur Unterstützung des auf Vermittlung und Ausgleich gerichteten Anliegens von Aleksic ist von Seiten ICBUWs vorgeschlagen worden, die Menschenrechte stärker ins Spiel zu bringen. Sie bieten, neben Humanitärem Völkerrecht und Umweltrecht, großes juristisch-politisches Potential, mit dem Vorteil, dass der Fokus auf Schutz und Hilfe der Opfer liegt. Dabei geht es, im serbischen wie im allgemeinen DU-Kontext, um das Recht auf Leben und Gesundheit, auf eine gesunde Umwelt, auf sauberes Trinkwasser, auf Information und auf Schutz vor toxischen Substanzen. Zu diesen Themenbereichen hat der UN-Menschenrechtsrat Sonderberichterstatte eingesetzt, an die sich Betroffene mittels eines elektronischen Beschwerdeverfahrens wenden können. Genau das könnten Bewohner Südsربيens tun.

Zur politischen Ebene gehört, dass es immerhin eine Untersuchungskommission des serbischen Parlaments zur Thematik gibt, die mit der entsprechenden Kommission in Italien zusammenarbeitet und im Jahr 2020 Ergebnisse vorlegen soll. Dies ist auch das Jahr, in dem sich im Herbst die UN-Generalversammlung wieder mit dem Thema Uranwaffen befasst. Die bisher dazu angenommenen Resolutionen (zuletzt Resolution 73/38) betonen entscheidende Aspekte wie den vorbeugenden Ansatz, die notwendige Transparenz und Hilfe für betroffene Regionen. Der Resolutionstext wird von einer großen Zahl von Staaten unterstützt, unter anderem von Serbien, jedoch leider nicht (mehr) von Deutschland – was politisch und moralisch nicht nachvollziehbar ist. Vielleicht ändert sich ja das deutsche Abstimmungsverhalten und es gibt eine Bereitschaft, Serbien und anderen Balkanregionen bei der Bewältigung der im Jugoslawienkrieg angerichteten DU-Schäden zu helfen, wobei insbesondere Kosovo von diesen Schäden betroffen ist. Dabei geht es um ganz konkrete Maßnahmen wie den Ausbau der medizinischen Infrastruktur (so gibt es die Idee der Einrichtung einer Spezialklinik für DU-Opfer). Schließlich kann nicht alles der Zivilgesellschaft und Privatinitiativen überlassen bleiben.



Prof. Dr. Manfred Mohr ist Sprecher von ICBUW Deutschland.